



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES  
PRESSESTELLE

## PRESSEMITTEILUNG

2. Dezember 2005

Nr. 400/2005

### Kinderland Baden-Württemberg:

Politik und Wirtschaft im Schulterschluss für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Bildung und Ausbildung

Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt, Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner, Wirtschaftsminister Ernst Pfister und Dr. Monika Stolz, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport unterzeichnen Agenda: Startschuss für innovative gemeinsame Projekte

Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bessere Bildung und Ausbildung – gemeinsame Sichtweisen und Ziele in diesen beiden zentralen Themenkomplexen haben die Landesregierung und die baden-württembergische Wirtschaft jetzt in Form einer Agenda festgehalten: Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt, Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner, Wirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident Ernst Pfister und Dr. Monika Stolz, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport haben heute (2. Dezember 2005) die „Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung“ unterzeichnet. Das Papier verpflichtet die Beteiligten, mehrere konkrete Projekte auf den Weg zu bringen, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Bildung von Kindern und damit ihre spätere Ausbildungsfähigkeit verbessert werden sollen. So sollen etwa in drei Modellregionen Koordinierungsstellen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Informations-, Beratungs- und Unterstützungsstelle für alle berührten Akteure vor Ort fungieren. Gleichzeitig soll in diesen Regionen das naturwissenschaftlich-technische Verständnis von Kindern besonders gefördert werden und eine verstärkte Kooperation zwischen Kindergarten, Grundschule und Eltern erreicht werden. Betriebe werden die Möglichkeit haben, sich in einem Internetportal über familienfreundliche Maßnahmen in baden-württembergischen Unternehmen zu informieren und auszutauschen.

### **Kinderland Baden-Württemberg**

„Baden-Württemberg soll zum Kinderland Nummer Eins in Deutschland werden. Die heute unterzeichnete Agenda ist ein ganz wichtiger und großer Schritt in diese Richtung“, sagte

Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner bei der Unterzeichnung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Bildung, die die Kinder in einer globalisierten Welt besser auf die Zukunft vorbereitet, seien bestimmende Themen der Politik, aber auch der Wirtschaft. Familie und Kinder stünden bei jungen Menschen auch heute hoch im Kurs. So wünschten sich die heute 29- bis 34-Jährigen durchschnittlich mehr als zwei Kinder. „Wunsch und Wirklichkeit gehen allerdings weit auseinander. Die Geburtenrate im Land liegt gerade einmal bei 1,37 Kindern. Diese Diskrepanz zeigt, dass das Zusammenleben mit Kindern aus Sicht mancher Frauen und Männer nicht genügend Anerkennung erfährt. Die jetzt gemeinsam vereinbarten Projekte sollen konkret dazu beitragen, die Lebensverhältnisse von und mit Kindern zu verbessern“, sagte Andreas Renner.

Auch für Bildung und Ausbildung des Nachwuchses mache sich die Agenda stark, erläuterte der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Ernst Pfister: „Viele junge Menschen sind den Anforderungen des Erwerbslebens nicht mehr gewachsen. Jedes sechste Ausbildungsverhältnis wird vorzeitig beendet; im Handwerk sind es 22 %. Im Interesse einer besseren Ausbildungsfähigkeit müssen wir die Qualität der vorschulischen Bildung im sprachlichen Bereich fördern. Außerdem müssen wir das naturwissenschaftlich-technische Interesse schon bei kleinen Kindern wecken. Auch hierfür setzt die Agenda wichtige Impulse.“

### **Arbeitgeber finanzieren „Fa.i.b.le.“ mit einer Million Euro**

Als „umfassenden Ansatz zur Verbesserung der vorschulischen Bildung“ haben die baden-württembergischen Arbeitgeberverbände das Projekt „Familie in Beruf und Leben (Fa.i.b.le.)“ gewürdigt. Der Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, Dr. Dieter Hundt, erklärte, mit ihrer Beteiligung an diesem Projekt setzten die Arbeitgeberverbände deutliche konzeptionelle Impulse, um frühkindliche Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. „Fa.i.b.le.“ werde zunächst in den drei Modellregionen Mittlerer Neckar, Ulm/Ostwürttemberg und Schwarzwald-Baar in einem Zeitraum von vier Jahren erprobt. Die Landesvereinigung stelle – finanziert vom Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg (Südwestmetall) – für dieses Modell-Projekt nicht nur 1 Million Euro zur Verfügung, sondern organisiere so mit Mitarbeitern vor Ort die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen, Eltern und Betrieben. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einem familienfreundlichen Baden-Württemberg“, betonte Dr. Hundt. Der Arbeitgeberpräsident forderte das Land Baden-Württemberg auf, die landesweite Ausdehnung und Finanzierung von „Fa.i.b.le.“ zu übernehmen. „Wir wollen und werden nicht flächendeckend und dauerhaft staatliche Aufgaben übernehmen. Dies würde uns nicht nur überfordern, es ist auch nicht unsere Aufgabe“, sagte Dr. Hundt.

Minister Renner und Kultusstaatssekretärin Dr. Monika Stolz betonten, dass insbesondere das Modul „Technolino“ von „Fa.i.B.Le“ evaluiert werden solle. „In jedem Fall werden die Ergebnisse bei der Weiterentwicklung der Bildungsarbeit in den Kindergärten nach dem Orientierungsplan berücksichtigt.“

Kultusstaatssekretärin Dr. Monika Stolz begrüßte das Engagement der Wirtschaft: „Die Unterstützung des neuen Orientierungsplans für Kindergärten durch die Landesvereinigung der baden-württembergischen Arbeitgeberverbände ist ein wichtiger Beitrag. Bildung und Ausbildung sind Aufgabe der gesamten Gesellschaft und die Wirtschaft steht hier auch in der Verantwortung, zum Beispiel bei der Einstellung Auszubildender. Es ist ein beispielhaftes Zeichen, dass sich die Arbeitgeberverbände nun auch für die frühkindliche Bildung stark engagieren“, erklärte Kultusstaatssekretärin Dr. Monika Stolz. Damit werde die Linie des Kultusministeriums bestätigt, die Bildungsbiografie der Kinder möglichst früh beginnen zu lassen.

"Technolino passt hervorragend zu unserem Orientierungsplan und wird die Umsetzung befördern. Der Orientierungsplan soll auch dazu dienen, die kindliche Neugierde an naturwissenschaftlichen Phänomenen und technischen Zusammenhängen zu beflügeln." Dr. Stolz unterstrich den Grundgedanken des Orientierungsplans: "Bildung und Lernen beginnen in der Familie, setzen sich in den Kindertageseinrichtungen fort und erfahren in der Grundschule mit dem dortigen Bildungsplan eine altersgerechte Systematisierung. Hier ist die enge Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule besonders wichtig."

### **Familienorientierte Personalpolitik ist Standortpolitik**

„In knapp der Hälfte der Unternehmen (46 %) wird bereits Familienfreundlichkeit auf die verschiedenste Art und Weise praktiziert. Damit haben viele, aber noch längst nicht alle Betriebe die Zeichen der Zeit erkannt und festgestellt, dass eine familienfreundliche Unternehmenskultur sich für sie auch wirtschaftlich lohnt“, sagte Wirtschaftsminister Pfister. Kosteneinsparungen entstünden insbesondere, wie durch Berechnungen der Prognos AG nachgewiesen wurde, weil Väter und Mütter schneller wieder in den Betrieb kämen, weil sie weniger Fehlzeiten wegen mangelnder Kinderbetreuung verursachten und weil kein Geld für die Wiederbeschaffung von Personal ausgegeben werden müsste, erläuterte Pfister. „Nicht zuletzt wissen die Unternehmen in Baden-Württemberg, dass ihre Beschäftigten bei der Entscheidung für einen bestimmten Arbeitgeber auch danach entscheiden, wo sie Beruf und Familie am besten vereinbaren können. Die weitere Verbreitung familienorientierter Personalpolitik in den Betrieben des Landes ist damit Standortpolitik“, so der Wirtschaftsminister.

Aus diesem Grund befasse sich das Wirtschaftsministerium schon seit vielen Jahren mit dem Thema der frauen- und familienfreundlichen Politik und beteilige sich als Partner der Agenda.

In diesem Zusammenhang machte Pfister erneut auf den Wettbewerb des Wirtschaftsministeriums „Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Betrieb“ aufmerksam, der in diesem Jahr bereits zum achten Mal ausgeschrieben wird. Noch bis zum 31. März 2006 können sich wieder Unternehmen bewerben, die vorbildliche Lösungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Gleichstellung von Frauen und Männern gefunden haben.

„Mit der Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung sind wir auf dem richtigen Weg, unser Land auch in Zukunft auf seiner Spitzenposition zu halten. Und wir setzen ein deutliches Zeichen, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen nicht nur Sache der Politik oder der Wirtschaft alleine ist. Wir zeigen, dass hier alle zusammen Verantwortung übernehmen müssen, um zu einem gemeinsamen Ziel zu gelangen“, sagten die Unterzeichner der Agenda in Stuttgart.